

Die Schule im Konkurrenzkampf *oder: wie Chancengleichheit zur Leerformel wird*

Ein Einwurf von Linda Stibler

April 2015

Mit dem Begriff Chancengleichheit wird die Gerechtigkeit angemahnt. Das war schon immer so, auch zu Zeiten als das Wort noch nicht in Gebrauch stand. Chancengleichheit wünscht man sich vor allem für die Kinder in der Schule. Am Anfang dieser Forderung stand der drängende Wunsch, dass alle eine Chance hätten zu lernen und sich Bildung anzueignen. Das war noch lange keine Selbstverständlichkeit im Europa der Aufklärung. Denn Bildung kostet. Sie kostet Zeit und Geld. Daher war Bildung in der Regel nur den Kindern wohlhabender Schichten zugänglich. Kinder der unteren Schichten mussten sich auf das Lebensnotwendigste beschränken. Erst die bürgerlichen Revolutionen und die Formulierung von Menschenrechten brachten eine Veränderung. Die Geburtsstunde der Volksschule war da: Ausnahmslos alle Kinder sollten Zugang zu Bildung bekommen. Zeit und Geld sollte die Gesellschaft und der Staat dafür aufwenden. Es dauerte noch mehr als ein Jahrhundert, bis dieses Anliegen sich in Europa durchsetzte. Weltweit ist dieses Ziel längst nicht erreicht. Soweit eine nötige

Vorbemerkung, weil die Forderung nach Bildung für alle der umfassende Ausdruck von Chancengleichheit ist. Er vereint sowohl die individuellen, als auch die gesellschaftlichen Ziele und Hoffnungen. Bildung sollte jedem die Möglichkeit geben, sich zu entfalten, das heisst sein Leben bestreiten zu können und einen Platz in der Gesellschaft zu finden. Bildung sollte auch die Gesellschaft vorwärts bringen. Und nicht zuletzt die Menschen aus Abhängigkeit und Unmündigkeit befreien. In diesem umfassenden Sinne müsste Chancengleichheit auch heute noch verstanden werden.

Jetzt, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, ist Chancengleichheit reduziert auf das Individuum und seinen Eigennutz. So wird sie zur Leerformel und oft sogar in ihr Gegenteil verkehrt.

Wenn man Chancengleichheit in diesem engen und eingeschränkten Sinne (gleiche Chancen zur Verwirklichung des Eigennutzes) betrachtet, müsste man sich vorerst fragen. Was heisst denn Chancengleichheit? Chancengleichheit für was? Zum sozialen Aufstieg? Und wer muss absteigen oder da unten

bleiben? Chancen zum Vorwärtskommen? Aber für wen? Zudem: Was heisst Chance? Im französischen Sprachgebrauch heisst Chance nicht nur Erfolgsaussicht, sondern auch Glück. Vielleicht ist das ein Hinweis darauf, warum es in französischen Sprachregionen auch ein anderes Verständnis von Bildungschancen gibt.

Doch der Zeitgeist interpretiert Chancengleichheit nur noch als Konkurrenzkampf, der mit gleich langen Spiessen ausgetragen werden soll. Das würde zumindest gleiche Voraussetzungen bedingen, was allenfalls noch im Sport möglich ist, wenn gleich gesunde, gleich gut trainierte, unter anderem auch in die gleiche Altersklasse eingeteilte Menschen gegeneinander antreten. Auf der Bildungsebene ist das nicht gegeben. Die Menschen sind nicht gleich. Ihre Begabungen sind unterschiedlich. Ihr Lerntempo ist nicht dasselbe. Und vor allem ihre soziale Herkunft spielt eine entscheidende Rolle, denn es ist wichtig, ob ein Kind in einem angeregten Milieu aufwächst oder nicht. Das zeigen unzählige Untersuchungen, die in den letzten Jahrzehnten gemacht wurden.

Die Schichtzusammensetzung der Erfolgreichen hat sich praktisch kaum verändert. Eine Ausnahme bildet höchstens das Geschlechterverhältnis. Man kann sich nun fragen, wie man die Voraussetzungen für alle möglichst gleich machen könnte. Frühförderung ist ein Weg. Doch sie müsste gezielt auf die benachteiligten Kinder ausgerichtet sein. Und es ist ungewiss, ob Schule und Vorschule das leisten können. Immerhin zeigen viele Studien, dass qualitativ gute Kitas die Chancengleichheit fördern. Doch oft wird mit ausserschulischen Mitteln

genau das Gegenteil praktiziert: Es sind nicht die Kinder aus bildungsfernem Elternhaus, die besonders gefördert werden. Vielmehr werden die ohnehin schon Geförderten von ihren Eltern oder ihrer Umgebung noch zusätzlich gefördert. Dadurch, dass ehrgeizige Eltern oft zusätzliche Unterstützung bieten, wird die Kluft der Chancenungleichheit noch einmal vergrössert. Wenn es schwierig wird, kann Nachhilfe organisiert werden, in besonderen Fällen auch ein Wechsel in eine teure Privatschule. Das alles wird heute praktiziert, um die Chancen des eigenen Kindes zu verbessern.

Die Tatsache, dass Bildung in jedem Falle teuer ist, darf dabei nicht vernachlässigt werden. Der Konkurrenzkampf in der Schule dreht sich letztlich auch ums Geld, respektive um jenen Teil, den die Allgemeinheit dafür aufbringt. Aber es geht auch um Zeit, die den Kindern für solche Sonderanstrengungen - weit über das normale Schulpensum hinaus - abverlangt wird. Ist das denn ein sinnvoller Weg? Kinder werden in ihren Bedürfnissen nicht ernst genommen; manchmal sogar um einen wichtigen Teil ihrer Entwicklung betrogen. Warum glauben heute viele Eltern, sie müssten alles daran setzen, um ihr Kind möglichst weit nach vorne zu bringen? Selbstredend ist es das Abbild der heutigen Ellbogengesellschaft mit all' ihren negativen Auswirkungen. Es spiegelt aber auch die Angst der Menschen, sie könnten sozial absteigen; ihre Kinder würden dereinst benachteiligt.

Hinter diesen Ängsten verbirgt sich eine gesellschaftliche Krise, die Menschen zu immer stärkerer Konkurrenz antreibt und sie entsolidarisiert. Wenn man von Chancengleichheit in der Schule redet,

sollte man die Chancenungleichheit in der Gesellschaft nicht verschweigen. Ist es vertretbar, dass Leute, die vollzeitlich Erwerbsarbeit leisten, ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können und auf Unterstützung angewiesen sind? Was für ein Hohn, dass Menschen in Vierundzwanzigstundenschichten Betagte betreuen oder zu einem Hungerlohn auf dem Bau rund um die Uhr Schicht arbeiten. Zur Entschuldigung wird hervorgebracht, solche Leute hätten leider zu wenig Ausbildung, sie würden gar nicht gebraucht. Und ob! Sie werden gebraucht, aber zu Menschen dritter Klasse abgewertet.

Nun wäre es eine Lüge zu behaupten, soziale Ungleichheiten hätten in der Volksschule nie eine Rolle gespielt. Schon immer spiegelten sich darin die Klassengegensätze. Nur hat die Schule neben der Vorbereitung aufs Erwerbsleben auch noch einen wesentlich weiter gefassten Auftrag zu erfüllen. In einer Demokratie müssen die zukünftigen BürgerInnen demokratiefähig gemacht werden, sie müssen einen Sinn für gemeinschaftliches Denken und Handeln entwickeln. Sie müssen in diesem Sinne auch ein Selbstbewusstsein entwickeln und den eigenen Weg definieren und finden können. Sie müssen gesellschaftsfähig und damit auch beziehungsfähig werden, wenn sie von andern akzeptiert werden sollen.

Das alles sind Dinge, die man nicht so ohne Weiteres bewerten oder benoten kann, aber sie gehören unverzichtbar zur Allgemeinbildung. Nun kann man sich grundsätzlich fragen, ob Noten und ständige Leistungsbewertung in der Volksschule nützlich und nötig sind. Unbestritten gehört Leistung zur Bildung. Leistung muss auch gewürdigt

werden - das motiviert. Wenn Misserfolge aber zu einem Stigma werden, dann wirken sie demotivierend und ausgrenzend. Solche Erfahrungen sind oft für ein ganzes Leben prägend – eine Tatsache, deren man sich selten bewusst ist. Zudem werden die Entwicklungsperspektiven von Schulversagern gemindert; oft melden sie sich innerlich ab. Damit Leistungsbewertungen in der Volksschule sinnvoll wären, müssten sie viel differenzierter sein; sie müssten ein Kind als Ganzes würdigen. Kein Kind besteht nur aus Defiziten. Und keines ist ein Superstar. Ranglisten und Rankings sagen wenig aus über das Leistungsvermögen des Einzelnen aus - und schon gar nichts über die Stärke einer Schulklasse oder einer ganzen Schule. Deshalb müsste man dem Wettbewerb in den Schulen einen weit geringeren Stellenwert beimessen.

Das Gegenteil hat stattgefunden. In der Schweiz wurde das Projekt Harnos zum Anlass genommen, um die Leistungsbewertung wieder ins Zentrum zu rücken und vorhergehende Schulreformen rückgängig zu machen. Damit folgte man dem internationalen Trend, beschränkte sich vor allem auf das Messbare und überhöhte dessen Stellenwert. Das täuscht Objektivität bei der Beurteilung vor und mag ein Konzept sein, um die Beurteilenden vor Vorwürfen der Parteilichkeit zu schützen. Aber gleichzeitig war es auch das Einfallstor für jene Kreise, die Bildung nur unter dem Aspekt der Nützlichkeit und Verwertbarkeit betrachten. Welche Fertigkeiten muss ein Mensch erwerben, damit er in der Berufswelt brauchbar ist? Qualität von Bildung wurde das beschönigend benannt. Und die Maschinerie läuft seit PISA auf Hochtouren: Sprachkompetenz, Mathematik,

Biologie (oder was davon messbar ist), das sind die Eckpunkte, auf die es ankommt. In einem aufgeblasenen Bildungsmonitoring soll die Qualität der Allgemeinbildung gemessen werden. Eine Flut von Tests und Checks begleiten den Schulalltag der Kinder, verbreiten Druck anstatt Lernfreude. Sie fördern ein Konkurrenzgefüge, dem mittlerweile alle erliegen – Eltern, Schüler, LehrerInnen, Schulen.

Unter diesem Druck leidet nicht zuletzt die Bildung, denn sie wird auf den zweiten Platz verwiesen. Nur noch Punkte sind wichtig und das Vorwärtskommen im allgemeinen Wettbewerb - so wie es im neoliberalen Zeitalter in der Wirtschaft gang und gäbe ist und seitens der Wirtschaftsverbände von der Schule ultimativ gefordert wird.

Doch dieser Konkurrenzwahn wirkt sich verheerend aus. Er erzeugt seinerseits ein Menschenbild und ein Wertesystem, das mehr als fragwürdig ist. Und in der Schule zeigen sich oft die negativen Auswirkungen, die man gerne andern Gründen – dem Einfluss des Medienkonsums oder der vielen Migranten z.B. – zuweisen möchte, die aber vorrangig in diesem Konkurrenzdenken wurzeln. Allzu schnell werden jene überheblich, die bessere Voraussetzungen haben; andere, die Mühe haben, werden abgewertet. Mobbing hat sich auch im Schulalltag verschärft. Kinder reagieren darauf oft mit Aggression, sie stören in der Klasse oder sie verstummen und werden depressiv. Eltern wollen sich für ihre Kinder wehren und geben ohne Bedenken den Lehrpersonen die Schuld; die einen indem sie ständig reklamieren, die andern schimpfen hinter vorgehaltener Hand umso lauter. Und Lehrpersonen

sind gestresst, weil sie ihrerseits immer enger definierten Vorgaben zu entsprechen haben und unmöglich alles recht machen können.

Von Chancengleichheit kann unter diesen Umständen nicht die Rede sein. Ohnehin müsste man präziser von Chancengerechtigkeit reden. Dazu gehört, dass Verschiedenartigkeit begrüßt wird, unterschiedliche Wege auch gleichwertig sind, was nicht zuletzt heisst, dass sie auch eine gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung brauchen. Die Schule ist nicht dazu da, Menschen zu sortieren, zu normieren und zu standardisieren. Ihre Hauptaufgabe ist es, Menschen mündig zu machen - urteilsfähig und entwicklungsfähig. Pädagogen müssen diesen Bildungsanspruch verteidigen. Sie sollten sich von der derzeit grassierenden Resignation befreien und sich ihrer eigenen Gestaltungsmöglichkeiten bewusst werden. Eltern vor allem müssten hinterfragen, weshalb viele nur noch die spätere Berufswahl – oder den Gelderwerb – im Auge haben. Kinder haben ein Anrecht auf ein eigenes Leben. Eine breite Allgemeinbildung in einem entspannten Umfeld hilft ihnen womöglich in einer ungewissen Zukunft weiter als die Verheissung einer ebenso ungewissen Karriere. Und schliesslich müsste auch ein Bewusstseinswandel in der Gesellschaft stattfinden. Bildung kann nicht nur im Zusammenhang mit der Arbeitswelt verstanden werden, es gibt viele andere Bereiche, die für den Zusammenhalt einer Gesellschaft von Bedeutung sind. Deshalb müssen BildungspolitikerInnen dem Ansinnen jener Wirtschaftskreise, die der öffentlichen Bildung ihre Zielvorgaben diktieren möchten, entschlossen entgegentreten.